

INFORMATIONEN VON UND
FÜR ANTIFASCHISTEN

INFORMATIONEN

FÜR ANTIFASCHISTEN

ANGEPRIEZ MIT
FASSEN VERTRIEB
NAZIS WEDER
NOCH HEUTE '45



druckt, verteilt, veröffentlicht dieses **EXTRA**

Der Rechte Rand
Magazin von und für AntifaschistInnen!

DER RECHTE RAND



» Wir haben Europas größten Naziaufmarsch in Dresden zum zweiten Mal verhindert«, meldete das Bündnis »Dresden Nazifrei« am Abend des 19. Februar auf seiner Website. Für die Neonazis war der Tag ein voller Misserfolg. »Ägyptische Verhältnisse in Dresden« klagte die »Junge Landsmannschaft Ostdeutschland«. Auch für die Polizei fiel das Resümee negativ aus: Mit rund 4.500 Beamten hatte sie die Lage in der Stadt nicht im Griff, immer wieder eskalierte die Situation.

Was vom Mythos übrig blieb

Sechs Tage zuvor war es am 13. Februar rund 1.300 Neonazis gelungen, zum Jahrestag der alliierten Bombardierung Dresdens im Jahr 1945 durch die Elbstadt zu demonstrieren. Ein antifaschistischer Rundgang auf den Spuren nationalsozialistischer Täter, für denselben Tag angemeldet, wurde hingegen verboten. 300 Menschen nahmen trotzdem an einer spontanen Aktion teil, etwa 3.500 beteiligten sich an Kundgebungen und Blockadeversuchen entlang der Naziroute.

Medial dominierte an diesem Tag die Menschenkette von etwa 17.000 Beteiligten in der Dresdner Altstadt, die gleich mehrere Funktionen erfüllen sollte: In erster Linie verkörperte sie das offizielle Gedenken an den Luftangriff auf Dresden, die TeilnehmerInnen wollten gleichzeitig auch die Altstadt vor den Neonazis »schützen«. Am Vormittag noch hatten Parteien, Stadt und der sächsische Ministerpräsident wie in den vergangenen Jahren neben Mitgliedern der NPD Gedenkkränze auf dem Heidefriedhof abgelegt.

Eine erste Bilanz der Versuche seitens antifaschistischer Kräfte, seit 2009 in die erdrückende konservative Stimmung Dresdens zu intervenieren, fällt zwiespältig aus: Der alliierte Bombenangriff ist immer noch der zentrale Bezugspunkt für die meisten DresdnerInnen, die am 13. Februar auf die Straße gehen. Bei der Kranzniederlegung der Stadtoffiziellen, an der auch die Neonazis teilnehmen, achtet man mittlerweile allenthalben darauf, nicht zusammen mit den Rechten abgelichtet zu werden. Für Dresden ist es dennoch ein wichtiger Schritt, dass der alljährliche Aufmarsch der Neonazis überhaupt problematisiert wird, auch wenn es anderenorts zynisch erscheinen mag, diesbezüglich von einem »Erfolg« zu sprechen. Der wesentliche Punkt ist womöglich, dass 2011 mehr noch als in den Jahren zuvor durch das Engagement der antifaschistischen Akteure zentrale Widersprüche offen gelegt wurden: Die Organisatoren der Menschenkette konnten den Anspruch, sowohl des Angriffs zu gedenken als auch ein leises und symbolisches »Zeichen« gegen Rechtsextremismus zu

Dresden: Nazifrei? Europas größter Neonaziaufmarsch könnte Geschichte sein.

Gegen erhebliche Widerstände der Polizei haben am 19. Februar 2011 rund 20.000 Nazigeegner den Aufmarsch von Neonazis in der Dresdner Innenstadt verhindert. Kaum jemand hätte im Vorfeld gedacht, dass die Bilanz des Tages so eindeutig für die antifaschistischen Proteste ausfallen würde. Zahlreiche Busse der Neonazis gelangten gar nicht an ihr Ziel, zudem hatten sich deutlich weniger Rechte auf den Weg nach Dresden gemacht als in den vergangenen Jahren.

Von Barbara Manthe



▲ An vielen Stellen in Dresden wird der Mythos Dresden am Leben erhalten

setzen, nicht glaubhaft vermitteln. Die Menschenkette komponierte ein so diffuses Bild verschiedener Anliegen von extremismustheoretischen Ansätzen über eine vage Anti-Nazi-Einstellung hin zum dresdenspezifischen Opferdiskurs, dass sie vielen Menschen als Mittel authentischen Engagements gegen Nazis unangebracht erschien. Mehr Dresdner und Dresdnerinnen als in den Jahren zuvor entschlossen sich daher 2011, an den Aktivitäten von »Dresden Nazifrei« teilzunehmen. Der Intendant des Dresdner Schauspielhauses, Wilfried Schulz, fragte provokant: »Reicht eine

Menschenkette, wenn sie sich den Nazis und Neonazis nicht entgegenstellt?«.

»Ick bin al dor!«

Laut, provokativ und alles andere als symbolisch agierten hingegen am 19. Februar die rund 20.000 GegendemonstrantInnen. Das Konzept der Neonazis, ausgehend von den Erfahrungen aus dem letzten Jahr drei Sammelpunkte anzumelden, ging nicht auf. Schuld daran waren die Nazigeegner, die ungeachtet der Versuche der

Polizei, die Elbe als natürliche Trennungslinie zu nutzen, am frühen Morgen in die südliche Innenstadt strömten und dort Blockaden errichteten. Mit 260 Bussen aus ganz Deutschland und einigen Nachbarländern hatten antifaschistische Gruppen, Gewerkschaften und Parteien einen beachtlichen Mobilisierungserfolg hingelegt. Das flexible und gut vorbereitete Blockadekonzept eröffnete den Blockadegruppen von teils über tausend Menschen die Möglichkeit, an zahllosen Orten unvorhergesehen aufzutauchen. Auch wenn die Polizei den Weg der DemonstrantInnen



zu den Blockaden mit Tränengas- und Wasserwerfereinsätzen behinderte, kam sie ihnen in dem Hase- und Igel-Szenario kaum hinterher. Überall in der Stadt waren bereits größere und kleinere Blockaden entstanden, getreu dessen, was der Igel zum Hase sagt: »Ick bün al dor!«.

Sächsische Demokratie

Die Polizei hatte über weite Strecken des Tages die Situation nicht unter Kontrolle. Ihre zwei zentralen Vorhaben konnte sie nicht erfüllen: Weder das Trennungsgebot zwischen links und rechts ließ sich aufrechterhalten, noch konnten die BeamtInnen den Weg der Neonazis zu ihren Versammlungsorten freimachen. Neben den Blockaden gab es teils heftige Auseinandersetzungen zwischen linken DemonstrantInnen mit Neonazis und der Polizei. Von einem »Totalversagen auf ganzer Linie«, sprach der Vorsitzende der sächsischen SPD-Fraktion in Bezug auf den Polizeieinsatz am 19. Februar. Eine Arbeitsgruppe »Polizeibeobachtung« aus JuristInnen, JournalistInnen und Landtagsabgeordneten beobachtete »überforderte Polizeieinheiten«, »zahlreiche Übergriffe von Polizeibeamten gegen Demonstranten« und den Einsatz von Holzknüppeln, Pepperballs und Gasgranaten. »Das ist sächsische Demokratie«, kommentierte Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse, der an den Blockaden teilgenommen hatte, den Einsatz. In die Kritik kam die Polizei auch, weil sie einen Angriff von Neonazis auf ein linkes Wohnprojekt im Dresdner Stadtteil Löbtau nicht verhinderte; ein ins Netz gestelltes Video zeigt Einsatzkräfte, die die Attacke beobachten. Am Abend stürmten LKA-Beamte ein Haus, wo sie das Pressebüro des Bündnisses »Dresden

Nazifrei« vermuteten, durchsuchten es und führten vierzehn Personen ab. Sprecher des Bündnisses bezeichneten die Razzia, die in den Medien größeren Wirbel verursachte, als »Racheaktion«.

Protestformat Blockade

Ein Blick auf die Entwicklung antifaschistischer »Blockadekultur« der letzten Jahre lässt eine qualitative Veränderung ausmachen, die sich in den Protesten von Dresden manifestierte. Zum einen erschien das Band zwischen den ganz unterschiedlichen Akteuren aus Antifa, Gewerkschaften, Parteien und Kultur

einer stetigen Veränderung unterliegt. Blockaden sind heute, anders als noch vor einigen Jahren, in dem breiten Spektrum von Anti-Nazi-AktivistInnen bis weit ins bürgerliche Lager hinein als legitime Aktionsform weitgehend etabliert. Die lange und prominente Unterstützerliste von »Dresden Nazifrei« ist Beleg dafür. Selbst der evangelische Superintendent Dresdens äußerte Verständnis dafür, dass manche Christen lieber zu den Blockaden gingen anstatt in der Kirche zu beten. »Weder eine Menschenkette noch eine Mahnwache verhindert Aufmärsche«, sagte er.

Gedenkdiskurs und Extremismustheorien

Dem größten Neonaziaufmarsch Europas wurde eine der größten antifaschistischen Mobilisierungen der letzten Jahrzehnte entgegen gesetzt. Dresden im Februar 2010 war für die Nazizegner bereits ein Erfolg gewesen. Ein Jahr später gelang ihr Vorhaben ein weiteres Mal, obwohl die Vorbedingungen weitaus schwieriger waren: Sämtliche linke Kundgebungen südlich der Elbe waren verboten und die Polizei zog von Anfang an alle Register gegen die DemonstrantInnen. Zum ersten Mal ist es mit Massenblockaden gelungen, einen großformatigen Aufmarsch trotz eines eskalativen Einsatzkonzepts der Polizei zu verhindern. Dresden 2011 zeigt aber auch, dass weiterführende Diskussionen notwendig sind, bei denen die Antifagruppen nicht unter sich



▲ Blockierte Nazis in Dresden-Plauen sind wütend und fertig nach stundenlangem Stehen.

so eng wie selten zuvor. Die meisten Blockaden waren gemischt, überall in Deutschland hatten sich seit Monaten lokale Bündnisse von der Antifa bis zu den Jusos auf die Aktion vorbereitet.

Zum anderen gab es eine politische Akzentverschiebung auf der Straße: Die Proteste waren weniger ein passives und symbolisch aufgeladenes »In den Weg-Stellen«, sondern das im Vorfeld formulierte praktische Ziel, nämlich die neonazistische Versammlung erst gar nicht möglich zu machen, stand im Vordergrund. Dies hat eine Ursache darin, dass das Protestformat Blockade seit einigen Jahren an vielen Orten Deutschlands erprobt und diskutiert wird und

bleiben sollten. Sie müssen sich vor allem die Frage stellen, inwiefern sie noch stärker den offiziellen Gedenkdiskurs in Dresden angehen können, um auch jenseits eines Erfolgs auf der Straße nachhaltige gesellschaftliche Veränderungen in dem Bereich zu bewirken. Eine Debatte des Gedenkrituals auf dem Heidefriedhof zusammen mit den eigenen BündnispartnerInnen könnte hier ein erster Schritt sein. Dringend steht eine spektrenübergreifende Strategiedebatte zu Extremismustheorien an, die nicht nur antifaschistische Gruppen, sondern auch die Partner aus Gewerkschaften, Parteien und anderen zivilgesellschaftlichen Initiativen betreffen. ■

- ▲▲ v.l. 1 - Das Bündnis Dresden Nazifrei mobilisiert zu Blockaden
- 2 - Auf vielen Straßen gab es Blockaden
- 3 - Die Nazis konnten auch dieses Jahr durch eine bundesweite Mobilisierung am Marschieren gehindert werden.
- 4 - Am 13. Februar marschieren ca. 1800 Nazis mit Fackeln durch die Dresdner Südvorstadt

»Niederlage«

An diesem Tag an der Elbe wollten sie einiges mehr: Drei Veranstaltungen und ein Marsch sollten stattfinden. Am Mittag des 19. Februar in Dresden wurde aber sichtbar, dass die neonazistische Szene wegen der massiven Proteste keine Veranstaltung wie geplant durchführen konnte. Dennoch feiert die Szene ihre Spontanaktionen und Militanz.

Von Andreas Speit



2011 sollte nicht wie 2010 enden. »Die Schmach«, am 13. Februar vergangenen Jahres mit über 6.000 Kameraden Stunden am Bahnhof Neustadt auszuharren statt zu marschieren, wollten »Junge Landsmannschaft Ostdeutschland« (JLO), NPD und Kameradschaften »bereinigen«.

»Dresden 2011 endet mit Niederlage«, heisst es schließlich doch am Abend bei »Mupinfo«. Nicht nur das Szeneportal versucht dennoch irgendwelche Erfolge zu erkennen. Selbstbeschönigung? Ja und nein. Nach der selbsterklärten Niederlage in diesem Jahr dürfte da nicht verwundern, dass die Szene jetzt versucht, irgendwelche Erfolge in ihren Märschen zu erkennen? Ja und nein. »Dresden 2011« sollte vorsichtiger betrachtet werden.

Seit Monaten hatte die Szene an die Elbe mobilisiert. Der JLO um den Bundesvorsitzenden Stephan Roth und der NPD-Sachsen um den Fraktionschef Holger Apfel gelang es mit dem »Aktionsbündnis gegen das Vergessen«, ein neues Konzept zu entwickeln. Bundesweit stimmten sie ab, am 13. Februar den »Trauermarsch« auszurichten und am 19. die Aktionen »Recht auf Gedenken – Der Wahrheit eine Gasse« durchzuführen. Falls sie so hofften, den Protest zu schwächen, wurden sie enttäuscht. Am 13. konnten die Neonazis wegen den etwa 16.000 Demonstranten nur eine verkürzte Route marschieren. Dass sie nicht alle Meter gehen konnten, störte sie aber nicht. Mit Fahnen und Fackeln marschierten an die 1.800 Kameraden durch die Straßen – zufrieden und selbstgefällig.

Vor dem Dresdener Verwaltungsgericht hatte die JLO da bereits einen Erfolg erstritten. Das Gericht entschied, dass die Polizei ihnen 2010 das Marschieren hätten ermöglichen müssen. Ein Urteil, das bei der Entscheidung des Verwaltungsgerichtes für den 19. Februar mitschwingt, das nicht nur festschrieb,

dass alle drei Neonaziaktionen zu erlauben seien, sondern zudem gleich festlegte, dass sich die »behördlichen Maßnahmen (...) primär gegen Gegendemonstranten richten« müssten. Mit der Gerichtsentscheidung war auch das Polizeikonzept umrissen, südlich des Bahnhofs, wo die rechten Veranstaltungen stattfinden sollten, keinen Protest zuzulassen. »Alles Feind, außer Nazis« wurde dort zur Devise der Polizei.

An jenem Samstagvormittag im Süden des Bahnhofs wurde das Scheitern des Konzepts aber schnell sichtbar. Über 600 Neonazis, angeführt von Maik Müller (»Aktionsbündnis gegen das Vergessen«) und Maik Scheffler (»Junge Nationaldemokraten« Sachsen), waren am Hauptbahnhof versammelt, wurden jedoch schon mit Parolen wie »Keiner will euch hier« empfangen. An die 50 Neonazis standen auf dem Nürnberger Platz hinter Polizeigittern. Hier sollte »ihre große Kundgebung« stattfinden. Doch sie warteten und warteten und warteten. 20.000 Demonstranten standen den Rechten entgegen. »40 Busse« kämen nicht durch, schimpfte der sächsische NPD-Landtagsabgeordnete, Andreas Storr, auf dem Platz. Glaubt man ihm, waren 4.000 Kameraden Richtung Dresden unterwegs. Die wenigsten ihrer Busse kamen nur in die Nähe der Veranstaltungen. Dieser Verlauf konnte jedoch mehreren noch in Anreise befindlichen Bussen der Rechten vermittelt werden. Am Bahnhof Freital-Potschappel entschieden Neonazis aus 20 Bussen in die Innenstadt »einzumarschieren«. Der Tross, mit angeführt vom NPD-Bundes-

vorstandsmitglied Thomas Wulff, konnte ohne Polizeibegleitung marschieren. An die 800 Kameraden zogen mit Parolen und Transparenten durch die Straßen. Das »Freie Netz Süd« behauptet, dass die Gruppe später einen Polizeieinsatz mit Schlagstöcken abgewehrt habe. Erst im Stadtteil Plauen, am F.-C.-Weiskopfplatz, gelingt es der Polizei, die aggressiven Neonazis zu stoppen. Zur Marschgruppe waren andere Kameraden gestoßen, die mit Bussen bis in den Stadtteil kamen. Diese Gruppe versuchte mit Gewalt durch die schnell mit Polizeibeamten und -fahrzeugen gezogenen Sperren zu kommen. Hektisch bemühte sich der Polizeieinsatzleiter, weitere Kräfte herzubeeuern. Es wurde befürchtet, dass es zur Straßenschlacht mit Gegendemonstranten kommen könnte. Mit Mühe konnte die Polizei die Rechten am Platz halten.

NPD-Größen wie Udo Pastörs bemühten sich nicht, ihre Kameraden etwas zu bremsen. Rechte und Polizisten gerieten immer wieder aneinander. Erst nach Stunden waren die Rechten bereit, in ihre Busse zu steigen. Aber nicht alle: Mehrere hundert Neonazis durften dennoch skandierend »Bei Demokraten helfen nur Granaten« zum S-Bahnhof Plauen marschieren, um von dort wegzufahren. Vom Hauptbahnhof war längst die andere Gruppe mit einem Zug aus der Stadt geschickt worden.

Am Nachmittag hatte allerdings eine weitere frei umher marodierende Neonazigruppe im Stadtteil Löbtau das linke Projekt »Praxis« angegriffen. Beamte schauten zu, als etwa 200 Neonazis unter Gegröle »Wir kriegen euch alle« die Scheiben mit Steinen einschmissen. Dass die Gruppe ohne Eingreifen der Polizei handeln konnten, gefällt auch »Mupinfo«: »Aus einem linken Szenetreff soll dabei Kleinholz gemacht worden sein«. Die JLO gibt sich Tage später moderater. Sie beklagt, dass »Polizei Hand in Hand mit Kriminellen« ihr Versammlungsrecht unterlaufen hätten. Die Kameradschaftsszene schwärmt indes von »konsequentem Durchsetzen«. »Dresden 2011 hat gezeigt« meint das »Freie Netz Süd«, »dass wir aus Fehlern des Vorjahrs gelernt haben«.

Die Auseinandersetzung um die Straße wird 2012 aber nicht allein in den Straßen entschieden. »Diese Stadt hat Nazis satt«, riefen Demonstranten den Neonazis entgegen. Vielleicht handeln Stadt, Verwaltung, Gerichte und Polizei im kommenden Jahr nach dieser Parole. ■

In der Neonazi-Nische

Porträt der »Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland«

Die neonazistische Kleinorganisation »Junge Landsmannschaft Ostdeutschland« tritt einmal im Jahr als Veranstalterin des mittlerweile europaweit bedeutsamen Neonazi-Trauermarsches in Dresden öffentlich in Erscheinung.

Von Martin Rausch vom »Antifaschistischen Recherche-Team Dresden«

Alljährlich seit 1999 veranstaltet die »Junge Landsmannschaft Ostdeutschland« (JLO) in Dresden im Februar einen so genannten Trauermarsch zur Erinnerung an die Bombardierung Dresdens. In den restlichen elf Monaten hingegen sind ihre Aktivitäten kaum bemerkbar. Im neonazistischen Alltagsgeschäft spielt die JLO keine Rolle. Ihre kaum vorhandene öffentliche Wahrnehmung steht ihrer Bedeutung für die Szene entgegen. Eine ganze Reihe führender Aktivisten waren bzw. sind unter anderem in der JLO organisiert: Der heutige NPD-Landtagsabgeordnete Jürgen Gansel war beispielsweise JLO-Landesvorsitzender in Hessen. Der ehemalige NPD-Fraktionsmitarbeiter, Stefan Rochow, war zeitweise sogar JLO-Bundesvorsitzender. Ein weiterer ehemaliger JLO'ler ist Holger Szymanski. Er leitet mittlerweile den »Parlamentarischen Beratungsdienst« der sächsischen NPD-Landtagsfraktion. Für alle drei fungierte die JLO als »Durchlauferhitzer« in ihren neonazistischen Polit-Karrieren. Diese Funktion soll zukünftig offenbar gestärkt werden. Das »Nationale Bündnis Dresden« begründete seine Auflösung Ende 2010 unter anderem damit, dass die JLO »zukünftig ihre Arbeit in Sachsen wieder intensivieren« und eine Rolle als »Vorfeldorganisation« übernehmen wird.

Anschlussfähig ist die JLO durch ihre strenge völkische und revisionistische Ausrichtung gerade für extrem ideologisierte Neonazis. So verwundert es nicht, dass die JLO nach dem Verbot der »Heimatreuen Deutschen Jugend« (HDJ) im Jahr 2009 als Auffang- und Nachfolgeorganisation gehandelt wurde. Die personellen Überschneidungen liegen auf der Hand.

Personal

Stephan Roth, derzeitiger Bundesführer der JLO, posierte vor wenigen Jahren in HDJ-Kluft in einem HDJ-Werbevideo. Roth stammt aus Oybin im Zittauer Gebirge und ist seit vielen Jahren in der Neonazi-Szene aktiv. Bundesweit bekannt wurde er im Zuge des »Hirschberg-Prozesses« 2006. Vor dem Landgericht im polnischen Jelenia Góra waren Roth, der damalige Görlitzer DSU-Stadtrat, Jürgen Hösl-Daum, und Robert G. - ein Neonazi aus der Region Bautzen - angeklagt wegen Beleidigung der polnischen Nation und Anstachelung zum Völkerhass. Die drei hatten in einer so genannten »Aktion Vergessen« in verschiedenen polnischen Ortschaften Plakate geklebt, die vermeintliche Vertriebsverbrechen von Polen und Tschechen an Deutschen anprangerten. Dafür erhielten sie Bewährungsstrafen. Zudem ist Stephan Roth in völkisch-bündischen Zusammenhängen aktiv. Für eine Veranstaltung der rassistischen Religionsgemeinschaft »Bund für Gotterkenntnis – Ludendorfer e. V.« im November 2008 in Dresden konnten sich TeilnehmerInnen bei ihm anmelden. Seinen politischen Anspruch



▲ Kai Pfürstinger ist der Anmelder des Dresdener Naziaufmarsches am 13. Februar 2011

macht Roth in der Theoriezeitschrift »Hier & Jetzt« deutlich. Ganz im Sinne der JLO schrieb er in einem Artikel über die völkische »Artamanen«-Bewegung: »Es sind nicht die Schlechtesten, die sich gegen die befremdende Zivilisation wehren und trotzig und voller Zuversicht an ihrem Traum werken, wieder eigener Herr auf eigener Scholle zu sein. Vergeblich wird es nur sein, wenn es weiterhin an einer Bewegung mangelt, die das Ganze stärkt und formt.«

Auch der stellvertretende Bundesführer Kai Pfürstinger stammt aus Sachsen. Als sächsischer JLO-Landesvorsitzender ist er als Anmelder des »Trauermarsches« in Dresden bekannt. Der Altenberger bewegte sich ebenfalls in völkischen Kreisen im Umfeld der HDJ. In kleinerem Rahmen organisierte er wiederholt Volkstanzveranstaltungen. Zweiter stellvertretende Bundesführer ist der Szene-Anwalt Björn Clemens. Die ehemaligen Bundesvorstände, Christian Schaar und Dirk Pott, vervollständigen als Beisitzer die JLO-Bundesführung.

Neben dem Vorstand zählen überschaubar wenige Neonazis zum aktiven Kern der JLO. Auch hier gibt es Überschneidungen zu anderen Organisationen. So war der ehemalige Münchner und spätere Görlitzer Dirk Bredack neben seinem Engagement für die JLO auch im NPD-»Bildungswerk für Heimat und nationale Identität« aktiv. In Dresden waren lange Jahre Elli Dob-

berstein und Alexander Kleber als führende JLO-Köpfe bekannt. Beide pflegten enge Kontakte zu NPD, JN und so genannten freien Kräften.

Plakative Ideologie

Der enge Kreis der aktiven JLO'ler und ihrer Familien bildet eine völkische Gesinnungsgemeinschaft. Im revisionistischen Sinne thematisiert die JLO die Folgen des Zweiten Weltkriegs. Dabei fokussiert sie den Verlust der ostpreußischen Gebiete und

die damit einhergehende Vertreibung der Deutschen. Sie betreibt außerdem einen Bauernhof in Steinbrücken im Mansfelder Land. Hier werden Ideen zur Selbstversorgung und völkischen Siedlungskonzepten entwickelt. Offen knüpft die JLO in ihrer Außendarstellung am historischen »Deutschen Orden« an. Ihr Symbol, ein weißes Schild mit stilisiertem schwarzen Kreuz, an dem ein Pfeil nach Osten weist, ist dem des Ordens entlehnt.

Wenngleich die JLO jedes Jahr im Februar in den Fokus der Öffentlichkeit rückt, ist sie keinesfalls die alleinige relevante Struktur hinter dem Neonazi-Großaufmarsch. Vielmehr beschränkt sich ihre Aktivität auf das Anmelden und nominelle Auftreten als Veranstalter. Innerhalb der Neonaziszene ist die JLO dafür seit Jahren umstritten. Angeprangert wurde, dass »eine wahrhafte inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema« immer weniger geführt wurde und die »organisatorische(n) wie personelle(n) Missstände innerhalb der JLO [...]« zu einem »Einbruch parteipolitischer Tendenzen und damit zuletzt zur fast vollständigen Abkehr vom ursprünglichen Veranstaltungscharakter« geführt hätten. Seit 2007 führen daher Neonazis aus dem Spektrum der »freien Kräfte« einen, nach eigener Aussage, authentischen Fackelmarsch am Abend des 13. Februar in Ergänzung zum JLO-Großaufmarsch durch. ■

Elbflorenz und sein »Judenlager«

Zur Geschichte der Gauhauptstadt Dresden

Die Wahrnehmung der Geschichte Dresdens im Nationalsozialismus ist immer noch dominiert von den alliierten Luftangriffen im Februar 1945, die eine angeblich unschuldige Kulturstadt getroffen hätten. Dabei ist durchaus belegt, wie sehr auch diese Stadt ein Ort von politischer Verfolgung, Zwangsarbeit, Rüstungsindustrie, militärischer Infrastruktur und Holocaust war.

Von Henning Fischer

Die Luftangriffe der Alliierten wirken bis heute als eine willkommene politische Deckerinnerung, und das nicht nur für NPD und Konsorten, sondern gerade auch für den Dresdner Mainstream. In der Erinnerung an die eigene Nation als Opfer kann die Konfrontation mit deutschem Vernichtungskrieg und Holocaust vermieden oder zumindest minimiert werden.

ersten Ausstellungen über »entartete Kunst«. Das Landgericht am Münchner Platz wurde zum zentralen Ort der politischen Verfolgung und Ermordung von Verfolgten und Widerständigen.

Diese nationalsozialistische Verfolgungspolitik unterstützten große Teile der Dresdner Bevölkerung, etwa indem sie jüdische MitbürgerInnen denunzierten. Die nach 1945 erfolgte Selbstinszenierung der DresdnerInnen als Opfer von Hitler und den Alliierten verbannte diesen Teil der Vergangenheit, die Dresdner Täterschaft, jedoch konsequent aus ihrer »Erinnerung«.

mussten inhaftierte Juden und Jüdinnen Zwangsarbeit für die Rüstungsproduktion von Zeiss-Ikon leisten. Der Konzern, in Sachen »Judenlager« vertreten durch Dr. Johannes Hasden-teufel, stellte ein Materiallager, die Gestapo schrieb die Lagerordnung, die Bewachung übernahm die Dresdner »Wach- und Schließgesellschaft«. Nach der Auflösung des Lagers Anfang März 1943 wurden 279 Menschen nach Auschwitz deportiert. Von dem Transport, der insgesamt 1500 Menschen umfasste, wurden etwa 800 Menschen sofort in den Gaskammern getötet. Eine weitere Deportation sollte auch die letzten Menschen erfassen, die nach den nationalsozialistischen Rassegesetzen als Juden galten – die alliierten Luftangriffe vom 13. und 14. Februar 1945 machten dies allerdings unmöglich. Während der Angriffe führte jedoch ein Todesmarsch über die Carola-brücke durch die Dresdner Innenstadt.

Rüstungsindustrie und strategische Lage

In der Gegend um Dresden waren nach der Umstellung der deutschen Wirtschaft auf Kriegsproduktion mehr als 240 Unternehmen an der Rüstungsproduktion beteiligt; nur in Wien war mehr Industriefläche für diesen Zweck verwandt als in Dresden. Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges wurde die Garnisonstadt Dresden zu einem der letzten funktionierenden Verkehrsknotenpunkte und Rüstungs- und Verwaltungszentren. Dresden befand sich nach dem Vorrücken der Alliierten zudem in militärstrategisch wichtiger Nähe zur Ostfront.

Die fehlende Vergegenwärtigung der Tätergeschichte

In Dresden ist einiges nachzuholen. Die geschichtspolitisch positiven Wandlungen der letzten Jahre betreffen hauptsächlich den Umstand, dass die Dominanz des Opfermythos und einiger seiner Legenden abgeschwächt werden konnte – vor allem die völlig übertriebenen Opferzahlen und die Tieffliegerangriffe. Aber auch die von der Stadt Dresden eingesetzte Historikerkommission beschäftigte sich nur mit der detaillierten Erforschung der Geschehnisse vom 13. Februar 1945.

Entsprechend beschränkt sich die Beschäftigung mit der Dresdner Täterschaft hauptsächlich auf die imagepolitisch zweckmäßige Integration der (neuen) Dresdner Synagoge in das Gedenkvokabular der Stadt. Die Thematisierung bleibt dabei meist formelhaft und abstrakt. Für weitergehende und konkrete Information müssen Initiativen wie das studentische Projekt audioscript.net sorgen, das einen umfangreichen Audio-Guide »zur Verfolgung und Vernichtung der Jüdinnen und Juden in Dresden« erstellt hat. ■

Vom Autor erscheint im April 2011 das Buch »Erinnerung an« und für Deutschland. Dresden und der 13. Februar 1945 im Gedächtnis der Berliner Republik« im Verlag Westfälisches Dampfboot.



▲ Dresden 1933 – Mai-Kundgebung am Theaterplatz

Nationalsozialistische Normalität

Dresden war im Frühjahr 1933 Schauplatz einer rasanten Etablierung der nationalsozialistischen Herrschaft. Nach der »Machtübergabe« nahm die pogromartige Gewalt durch die SA und andere NationalsozialistInnen hier solche Ausmaße an, dass die lokale NS-Führung am 26. März Angriffe gegen Geschäfte und Unternehmen verbot, um nicht die Kontrolle über die Attacken zu verlieren. Auch die Selbstgleichschaltung ging schnell vonstatten. Am 31. März, noch vor dem »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums«, wies die Stadt Dresden ihre Verwaltung an, »sämtliche Beschäftigten jüdischer Rasse« zu entlassen. Am 20. Mai fand vor dem Verlagshaus der sozialdemokratischen »Dresdner Volkszeitung« die reichsweit erste Bücherverbrennung statt. Die Dresdner Stadtverordnetenversammlung fasste am 26. Juni 1933 den Beschluss zu einer der

Antisemitismus, das »Judenlager Hellerberg« und die Dresdner Deportationen

Bis 1938 verschärfte sich auch die antisemitische Gewaltpolitik immer weiter, im Verlauf der »Reichspogromnacht« wurden die Dresdner Synagoge in Brand gesteckt und 151 Menschen in das Konzentrationslager Buchenwald gebracht. 1939 zwangen die Nationalsozialisten die verbliebenen Dresdner Juden und Jüdinnen, in »Judenhäusern« zu leben; ihr Eigentum wurde »arisiert«.

Am 21. Januar 1942 wurden 224 Menschen vom Bahnhof Dresden-Neustadt aus in das Ghetto von Riga deportiert, mehrere Transporte von Juli 1942 bis zum Januar 1944 brachten etwa 250 Menschen in das Ghetto Theresienstadt. In höchsten Positionen federführend waren dabei unter vielen anderen der Gauleiter Martin Mutschmann (den Joseph Goebbels schon 1925 als »ordentlichen und brutalen Führer« bezeichnet hatte) und Henry Schmidt, ab 1942 Leiter des »Judenreferats« der Dresdner Gestapo.

Schmidt organisierte nicht nur die Deportationen, sondern auch die Errichtung des »Judenlagers Hellerberg«, das vom November 1942 bis zum März 1943 im Dresdner Norden bestand. Dort

weiter im aktuellen Heft:

NAZIS		BRAUNZONE	
Porträt JLO	6	Burschenschaftliche »Studie«	21
Dresden im Nationalsozialismus	7	Hamburger Verbändekommers	22
Aufmarsch in Stolberg	8	IfS auf Pro-Sarrazin-Tour	23
Einigungsprozess NPD/DVU	9	Porträt »Arbeit, Umwelt, Familie«	25
Bürgerschaftswahlen HH	9		
Parteiintern: NPD-E-Mails	10	GESCHICHTE	
Wahl in Baden-Württemberg	12	Interview mit Moshe Zimmermann	26
NPD in Bremer Bürgerschaft?	13		
Heyders NPD	14	INTERNATIONAL	
»Freies Netz« Leipziger Land	15	Regionalwahlen Ukraine	28
		Porträt Marine Le Pen	29
		Wilders mit dabei	30
		Rezensionen	31
RECHTSROCK			
Bandporträt »Sleipnir«	16		
Deutschrock á la »Frei.Wild«	17		
NS-HipHop in Russland	18		
»Mordaehoth«. Unpolitisch?	20		

einige Artikel zum gleich lesen unter:
www.der-rechte-rand.de

Die antifaschistische Zeitschrift DER RECHTE RAND erscheint seit 1989 regelmäßig. Alle zwei Monate berichten wir über aktuelle Ereignisse im politisch rechten Lager, nennen dort aktive Namen und Organisationen, beleuchten Verbindungen und geben Entwicklungsprognosen ab. Außerdem dokumentieren wir antifaschistische Gegenwehr gegen jede Form von Rassismus und Faschismus und unterstützen sie. Unsere Zeitschrift kann als Papiaerausgabe abonniert werden. So erhalten Sie regelmäßig wichtige Detail- und Hintergrundinformationen, und unterstützen unsere Recherchearbeit finanziell. Die Arbeit für dieses antifaschistische Zeitungsprojekt wird ehrenamtlich geleistet, und von einem breiten politischen Spektrum getragen. Die Homepage ist ein zusätzlicher Service. Sie können hier das aktuelle Inhaltsverzeichnis und ausgewählte aktuelle Artikel der neuesten Ausgabe von DER RECHTE RAND einsehen. Gerne senden wir auch alte Papiaerausgaben, und einzelne Artikel, gegen eine Selbstkostenpauschale zu.

DERRECHTERAND ist ein periodischer Informationsdienst von und für AntifaschistInnen. Er erscheint alle zwei Monate und kommt im Abo nach Hause. 6 Ausgaben pro Jahr: 15,- Euro (Inland) 19,- Euro (Ausland) 25,-/50,- Euro (Soli)

Aboverwaltung DERRECHTERAND, Postfach 304180, 20324 Hamburg
Postgiro Hannover, BLZ 250 100 30, Konto 44 55 86 - 301

DERRECHTERANDABO

IMPRESSUM

Verlag Der Rechte Rand GbR,
Rolandstr. 16, 30161 Hannover
Postanschrift und Aboverwaltung:
Der Rechte Rand, Postfach 304180,
20324 Hamburg
redaktion@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de
Druck: Interdruck Berger und
Herrmann GmbH, Hannover
Erscheinungsweise: 6x im Jahr
V.i.S.d.P.: Klaus Richardt
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht
immer die Meinung der Redaktion wieder.